

Finanzielle Fördermöglichkeiten für entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen in Bayern

(Stand: Mai 2007)

Vor allem kirchliche Institutionen finanzieren in Bayern die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit der Nichtregierungsorganisationen. Außerdem können über InWEnt gGmbH Mittel vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beantragt werden. Grundsätzlich sind bei allen Anträgen eine Selbstdarstellung, eine Projektbeschreibung und ein Kostenplan notwendig.

1. Ev.-Luth. Kirche in Bayern

Der Fachausschuss Entwicklung und Politik der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern fördert bei Bildungsmaßnahmen ausdrücklich auch Aktionsgruppen und Eine Welt-Läden - nicht nur evangelische Gruppen. Bei der Antragstellung sind Angaben über Hintergrund bzw. Vorgeschichte des Projektes, die Ziele und Zielgruppen, eine Beschreibung der Maßnahme sowie ein Kosten- und Finanzierungsplan nötig. Es wird eine angemessene Eigenbeteiligung an den Gesamtkosten erwartet. In der Regel gibt es drei Antragstermine im Jahr – Einsendeschluss ist jeweils Mitte Januar, April/Mai und Mitte September (17. September 2007, 14. Januar 2008) - mindestens jedoch sechs Wochen vor der Sitzung des Fachausschusses. Anfragen und Anträge an den Fachausschuss Entwicklung und Politik c/o Mission-EineWelt, Referat Entwicklung und Politik, Pirckheimerstr. 4, 90408 Nürnberg, Tel. 0911 – 366 72 0, entwicklung.politik@mission-einewelt.de. Formblatt, Merkblatt und Förderrichtlinien zum Download noch unter www.ked-bayern.de (demnächst: www.mission-einewelt.de).

Für Maßnahmen mit bundesweiter Relevanz kommt auch eine Förderung durch die Aktion Bildung und Publizistik (ABP) des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) in Frage. Frauen und Männer in Deutschland sol-

len ermutigt und befähigt werden, sich für Gerechtigkeit und Frieden weltweit und auf allen Ebenen unserer Gesellschaft einzusetzen – in Kirchengemeinden, Schulen, Welt-Läden, Partnerschaftsprojekten, politischen Initiativen und Gewerkschaften sowie Parlamenten. Kleinanträge mit einer Antragssumme von unter 5.000.- Euro müssen mindestens 6 Wochen vor Beginn der Maßnahme vorliegen: Evangelischer Entwicklungsdienst, Referat Bildung und Förderung, Ulrich-von-Hassell-Str. 76, 53123 Bonn, Tel. 0228 – 8101 2311, vgl. auch: www.eed.de (-> Entwicklungspolitik -> Aktion Bildung und Förderungen).

2. Kooperation Eine Welt

Der Katholische Fonds für weltkirchliche und entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit hat jährlich 500.000 Euro für die (bundesweite) Förderung von Maßnahmen der weltkirchlichen bzw. entwicklungsbezogenen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Kirchliche und kirchennahe Gruppen, die sich den Zielen und Inhalten dieser Arbeit verbunden wissen, können so bis zu 50% Zuschuß auf die anrechnungsfähigen Projektkosten erhalten. Anträge sind mindestens sechs Wochen vor Beginn des Vorhabens einzureichen. Ein Antrag für ein Kleinprojekt (bis 1.500 Antragssumme bzw. 8.000 Gesamtetat), der in einer der monatlichen Sitzungen (außer August) behandelt werden soll, muss spätestens am 15. des Vormonats eingegangen sein. Für Großprojekte gelten die Antragstermine 15.1., 15.4. und 15.9. - Anträge an: Kooperation Eine Welt, Kath. Fonds - Geschäftsstelle, Pettenkoferstraße 26, 80336 München (Tel.: 089 – 5162 224). Info: www.katholischer-fonds.de

3. ‚Aktionsgruppenprogramm‘ (AGP) der InWEnt gGmbH - im Auftrag des BMZ

Maßnahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit von in diesem Bereich tätigen Informations- und Aktionsgruppen werden mit einem Zuschuss bis zu 510 Euro gefördert (mehr als 1 Antrag pro Jahr möglich). Gefördert werden können Informationsveranstaltungen, Tagungen, Seminare, Workshops, Ausstellungen, Projektwochen, sowie die Herstellung von Dokumentationen und Broschüren.

Die Eigenleistung der Empfänger soll in der Regel mindestens 25% der Gesamtkosten der geplanten Maßnahme betragen. Die vollständigen An-

tragsunterlagen sollen i.d.R. zum Quartalsbeginn, spätestens jedoch 8 Wochen vor Beginn der geplanten Aktivitäten bei InWEnt gGmbH – Abteilung 7.01 vorliegen. Um eine möglichst wirkungsvolle Zusammenarbeit mit Trägern der politischen Willensbildung zu fördern, muss der Antrag grundsätzlich von einer/m MandatsträgerIn (Gemeinde-, Stadtrats-, Kreistags-, Landtags- oder Bundestagsabgeordnete) befürwortet werden.

Das Merkblatt und das Antragsformular zum AGP für die Bezuschussung von Maßnahmen können bei InWEnt gGmbH, Abteilung 7.01, Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn unter dem Stichwort ‚Aktionsgruppenprogramm‘ angefordert werden. Verantwortlich für das AGP sind Frau Büchel (0228 – 4460 1995) und Frau Greco (0228 – 4460 1723). Elektronische Versionen des Merkblattes und der Antragsunterlagen online unter: <http://www.inwent.org/infostellen/foerderprogr/index.de.shtml>

4. Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung (FEB) der InWEnt gGmbH – im Auftrag des BMZ

Im Rahmen des Förderprogramms Entwicklungspolitische Bildung (FEB) werden Zuschüsse zur Finanzierung von Einzel- und Serienmaßnahmen bis hin zu überjährigen Kampagnen von größeren Trägern / Zusammenschlüssen von Trägern / Netzwerken gewährt. Zuschüsse sind möglich u.a. für Seminare / Tagungen und begleitende Dokumentationen, Projekttageweochen an Schulen, Ausstellungen, Kampagnen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Für Erstantragssteller gilt z.Z. eine Obergrenze von 10.000 Euro. Es muss ein Eigenbeitrag in monetärer Form (in der Regel 25% der Gesamtkosten des Projekts) geleistet werden. Anträge (incl. Ausgaben- und Finanzierungsplan) sind bis 30.11. des Vorjahres bei der Abteilung 7.01 von InWEnt einzureichen. Vor einer Antragstellung wird die Lektüre des Dokuments ‚BMZ Konzepte Nr. 119: Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit‘, insbesondere der Seiten 18-22, empfohlen.

Das Antragsraster für das FEB sowie das o.a. BMZ-Dokument sind auf schriftliche oder telefonische Anfrage erhältlich bei: InWEnt gGmbH, Abteilung 7.01, Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn. Das Antragsraster sowie die Seiten 18-22 des BMZ-Dokuments stehen auch im Internet unter <http://www.inwent.org/infostellen/foerderprogr/index.de.shtml> zur Verfügung. Auskünfte zum FEB erteilt Frau Anita Reddy (Tel.: 0228 – 4460 1681).

5. Arbeitskreis für Entwicklungspolitik und Selbstbesteuerung (AES)

Der Arbeitskreis für Entwicklungspolitik und Selbstbesteuerung (AES) ist ein gemeinnütziger Verein, der sich Ende der 60er Jahre gegründet hat. Die Mitglieder nehmen durch einen nachhaltigen Lebensstil und die regelmäßige freiwillige Zahlung eines Prozentsatzes ihrer jährlichen Einkünfte, mit dem gezielt Projekte unterstützt werden, ihre politische Verantwortung wahr. Sie wollen sich nicht mit Armut und Ungerechtigkeit abfinden, sondern dazu beitragen, die Menschenrechte zu verwirklichen. Dabei arbeitet der AES auf lokaler und regionaler Ebene mit Gruppen zusammen, die sich sozialpolitisch engagieren. Gefördert werden Projekte im In- und Ausland. Der AES nimmt auch gerne neue Mitglieder auf, die mit einem jährlichen Beitrag Eine Welt Arbeit fördern möchten. Kontakt: www.aes-ev.de, info@aes-ev.de; Ulrike Strobel, Pappenbergerstraße 2, 85072 Eichstätt, Tel. 08421 – 8446; Dr. Dietmar Stoller, Rainhausgasse 12, 88131 Lindau, Tel. 08382 – 40 90 66.

6. Stiftung MITARBEIT

Starthilfeschüsse für neue Initiativen im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements, die im sozialen, pädagogischen, kulturellen oder politischen Bereich innovativ tätig sind: Stiftung MITARBEIT. Anträge formlos an die Stiftung Mitarbeit, Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn, Höhe 1 x 500,- €, Kosten / Finanzplan beifügen: info@mitarbeit.de oder www.mitarbeit.de

7. Aktion Mensch

Gesellschafter-Projekt der Aktion Mensch (ehemals Aktion Sorgenkind): Im Rahmen dieses Förderprogramms können neue Aktionen und Projekte von freien gemeinnützigen Organisationen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland (mit bis zu 4.000,- €) gefördert werden, die wesentlich von ehrenamtlichen und freiwilligen MitarbeiterInnen getragen werden oder zum Ziel haben, neue Freiwillige zu gewinnen. Die wichtigste inhaltliche Voraussetzung für eine Förderung ist, dass die beantragten Projekte zu mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft beitragen.

Siehe: <http://diegesellschaft.de/aktion/foerderprogramm>

8. weitere Fördermöglichkeiten

Die Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet bundesweit. Sie hat jedoch auch Landes- und Regionalbüros. Sie bietet Möglichkeiten zur Kooperation: Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung, BayernForum, Prilmayerstraße 3 / Elisenhof, 80335 München, Tel. 089 – 5155 5240, www.bayernforum.de.

Die Petra-Kelly-Stiftung (Reichenbachstraße 3 A, 80469 München, info@petra-kelly-stiftung.de) fördert nicht finanziell, sondern geht Kooperationen ein zu abgegrenzten Veranstaltungen der politischen Bildung.

Auch die Hanns-Seidel-Stiftung (Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel: 089 – 12580, www.hss.de) kann für Kooperationen angefragt werden. Eine finanzielle Förderung entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit gibt es nicht.

Die Europäische Akademie NRW, Bonner Talweg 42, 53113 Bonn, Tel. 0228 – 949 3010, www.ebag-bonn.de (-> Veranstaltungsdienst Entwicklungspolitik), vermittelt im Auftrag des BMZ ReferentInnen für Vorträge, Referate und Podiumsdiskussionen. Eine entsprechende Anfrage muss genaue Angaben zu Thema, Ort, Zeit und zu dem vorgesehenen Teilnehmerkreis enthalten.

9. Allgemeiner Umweltfonds

Nur für einen Teilbereich entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit - der Bildung für Nachhaltigkeit im Bereich der Umweltbildung - können Projektzuschussanträge beim Allgemeinen Umweltfonds gestellt werden. Dieser Fonds wird vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz verwaltet. Anträge sind an die Umweltaufteilungen (Bereich 5) der Regierungen des jeweils zuständigen bayerischen Regierungsbezirks zu stellen. Ein Beirat aus Vertretern bayerischer Umweltbildungseinrichtungen entscheidet an drei Terminen im Jahr über die Anträge.

Auszug aus:

*Alexander Fonari / Norbert Stamm (Hg.),
Entwicklungspolitik in Bayern – Analysen und Perspektiven
Augsburg, 4. Auflage 2007, S. 245 ff.*